

Herausgeber:

**DKP Deutsche  
Kommunistische Partei  
im Essener Norden**

Verant.: I. Thoma, Hoff-  
nungsstr. 18 ,45127 Essen

www.dkp-essen-bezirkV.de  
www.dkp-essen-bezirkVI.de

Druck: Eigendruck

**Nr. 2/ 34. Jahrgang**

**Zeitung der DKP für die Stadtbezirke V und VI**

**November 2007**

## Fernwärme

**Kommunisten haben komische Wörter. Sie reden zum Beispiel vom staatsmonopolistischem Kapitalismus (Stamokap). Damit meinen sie, dass Staat, Regierungen, Ämter die Erfüllungsgehilfen von Konzernen und Monopolen sind.**

Die Stadt Essen hat einen Vertrag mit der Steag (heute Evonik), der der Steag die Versorgung mit Fernwärme in Essen erlaubt. Dafür erhält die Stadt Geld von der Steag. Gutachter haben darauf hingewiesen, dass die Stadt pro Jahr zwischen 5 und 15 Millionen € mehr einnehmen könnte, wenn sie dies selber macht.

Natürlich könnte man auch von der Steag mehr Geld verlangen. Dafür hätte man Ende Juni den Vertrag mit der Steag kündigen müssen. Das wollte die Steag nicht –

das kann man ja verstehen. Das wollten aber plötzlich



auch OB-Reiniger und die Fraktionen von CDU und SPD, die ja eigentlich in der Opposition ist, nicht. Damit es im Rat nicht so viel

Ärger gibt, durften die Rasenherren und -frauen noch nicht mal die Gutachten einsehen. SPD und CDU stimmten trotzdem zu und machten somit der Steag ein Geschenk in der Größenordnung von 50 bis 150 Millionen, denn der Vertrag verlängerte sich nun um 10 Jahre.

Die Fraktion LINKE/DKP/AUF beantragte eine Sondersitzung, SPD und CDU blieben bei ihrem Millionengeschenk an die Steag. Die DKP stellte Strafanzeige wegen des Verdachts der Veruntreuung.

Die Staatsanwalt ermittelte und stellte ein, da man ja nicht genau feststellen könne, ob und wie viel Geld der Stadt durch die Lappen geht. Denkt irgendwer dabei an Böses... oder gar Stamokap ?

## Die Lebensmittelmafia schlägt zu

**In den letzten Wochen staunten die Verbraucher nicht schlecht. Die Preise für Butter schnellten von 77 Cent auf 1,19 €, die für andere Milchprodukte stiegen im Schnitt um 30%. Saftig zugelangt wurde auch für Brot, Fleisch und andere Lebensmittel.**

Und wer soll Schuld sein? Wie immer die Chinesen. Angeblich trinken Sie den Deutschen die Milch weg und sorgen so dafür, dass die Preise nach oben schnellen.

Wenn das so wäre, dann müssten die Bauern ja jetzt richtig verdienen. Aber: Um rund 17 Cent pro Liter haben die großen Molkereien die Preise erhöht. Den Bauern geben die Molkereien aber nur drei Cent davon ab. Sie zahlen ihnen statt 24 Cent jetzt 27 Cent pro Liter.

Dabei wären 40 Cent nötig, wenn ein Bauer mit dem Milchpreis sein Auskommen haben wollte.

Den allergrößte Teil der Preiserhöhung, 14 Cent pro Liter, stecken sich also alleine die großen Molkereibetriebe in die Tasche! Ähnlich verhält es sich bei Getreide und Fleisch.

Tatsächlich waren es die Lidl's und Aldi's, die über das jahrzehntelange Auspressen ihrer Lieferanten dafür sorgten, dass immer mehr kleine Molkereien und Fleischfabri-

ken Pleite gingen und nur einige wenige große übrig blieben. Diese haben jetzt die Macht und können die Preise diktieren.

Der Bauer hat immer noch zu wenig in der Tasche und der Verbraucher zahlt die Zeche.

### **DKP: Wir brauchen staatlich festgelegte Preise!**

Dieses Monopoly der Preise darf nicht auf dem Rücken von Verbrauchern und Bauern ausgetragen werden. Die DKP fordert deshalb staatlich festgelegte Höchstpreise für die Dinge des täglichen Bedarfs, so Milch, Brot, Butter und Fleisch, aber auch Strom, Gas und Wasser. Die Grundversorgung der Bevölkerung darf nicht Spielball von Profitintressen sein.

### **Vogelheim trauert um Annemarie Freitag**

Viele Menschen in Vogelheim kannten sie seit Generationen als die Frau von der DKP mit der Schultüte. Am 2. Oktober verstarb Annemarie Freitag im Alter von 75 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit.

**Nachruf auf Seite 4**

### **Hauptbahnhof**

#### **Staat schenkt**

#### **Bahn 44,4 Millionen**

Der Essener Hauptbahnhof soll bis 2010 saniert und umgebaut werden. Das kann er vertragen. Der Umbau soll insgesamt 61 Millionen Euro kosten. Doch die Kosten übernimmt nicht etwa die Deutsche Bahn AG, die im Jahr 2006 mit 2,1 Milliarden das beste Ergebnis der Firmengeschichte eingefahren hat. Sie zahlt nur 16 Millionen Euro. Der größte Teil der Kosten 44,4 Millionen Euro wird aus Steuergeldern finanziert. Also soll mal wieder die Allgemeinheit dafür zahlen.

Warum? Wenn ein milliardenschweres Unternehmen wie die Bahn dicke Gewinne einstreichen kann, soll sie gefälligst auch die Kosten dafür tragen, den Kunden eine angenehme Atmosphäre, einen behindertengerechten Zugang zu den Gleisen und einen angemessenen Service zu bieten.

**Klimaschutz** S. 2

**Limbecker Platz** S. 3

**Mindestlohn**

**Lohnraub** S. 6

**KiBiz** S. 7

## Nicht noch ein weiteres Jahr!

## Deutsche Truppen raus aus Afghanistan

Ein weiteres Jahr sollen deutsche Truppen Afghanistan besetzt halten. Als vor 6 Jahren amerikanische und europäische Truppen Afghanistan bombardierten, überfielen und besetzten, sagte man: Man müsse der afghanischen Bevölkerung helfen, sich von dem diktatorischen Regime der Taliban zu befreien. Die afghanische Bevölkerung wurde nicht gefragt, ob sie diese Hilfe wollte.

6 Jahre danach verhandeln dieselben Leute jetzt mit den Taliban, ob diese nicht wieder mit in die Regierung wollen. 6 Jahre Krieg, Zerstörung, Unterdrückung... damit jetzt die Taliban wieder an die Regierung kommen!

Das ist die Bilanz ihres Krieges in Afghanistan. Sie ha-



## Jupp vonne Berne

Ich hap zwa schon paa Jährchen aufm Buckel, aba meine Graun Zellen arbeiten noch. Getz schlag'n se uns die Volksaktie Bahn vor, damit die vonne Bahn nich ganz so privaate ane Böase geh'n.

Aba ich weiß dat noch genau mittie Volksaktie vonne Tellekomm. Hatt'n se auch welche? Ich ja. Da wollt ich mich einslich von die Rente sichan – ganz wie der Riesta dat gesacht hat. Jo, und dann hatt'n wa den Salat: Eas puazeln die Kuase, dann die Aabeitsplätze, dann der Sörvis. Dat kann ja dann noch heita werdn mit die Bahn.

Is ja einslich auch loggisch. Denn dat wa schonn imma so mittie Volksaktien. Dat sind nämlich imma die Aktien von die staatliche Betriebe, die son große privata Hai ga nich haben will, weil die nix bringen. Und deswegen soll'n wa die dann kauf'n, damit der Staat sein Geld kriecht. Dat wa damals mitte Veba so, dann mitte Telekom, und getz versuch'n ses schonn wieda. Aber diesma ohne mich!

ben das ohnehin schon verwüstete Land noch ärmer und kaputter gemacht, haben die Infrastruktur zerstört. Sie haben Tausende Menschenleben vernichtet, verstümmelt, ihnen Beine, Arme oder Kiefer geraubt. Sie hat über eine Millionen Afghanen zu Flüchtlingen gemacht. Und sie haben das Land vermint, so dass noch jahrzehntelang keine Eltern ihr Kind sicher draußen

spielen lassen können.

6 Jahre – und sie leben unter schlechteren Bedingungen, sind genauso wenig frei wie vorher und haben noch eine Besatzungsarmee im Land, die jederzeit auf sie schießen kann, ohne dass sie sich wehren dürfen. Und dann wundert man sich, wenn Hass und Verzweiflung wachsen, wenn Anschläge auf Soldaten und Stützpunkte im Land und auch im Ausland verübt werden?

Man sagt uns, man müsse zivilen Aufbau leisten. Doch die Wahrheit ist: Seit dem offiziellen Ende des Krieges 2002 wurden für den zivilen

Aufbau 7,5 Milliarden Dollar in Afghanistan ausgegeben, für die militärischen Einsätze aber 85 Milliarden Dollar. USA und EU geben also jedes Jahr zehn Mal mehr Geld aus, um Afghanistan weiter zu zerstören und zu unterdrücken, als sie für den Aufbau des von ihnen Zerstörten zahlen!

Die Regierung behauptet, wenn die Truppen Afghanistan verlassen, würde dort der Bürgerkrieg ausbrechen und das Land im Chaos versinken. Das Land ist bereits im Bürgerkrieg, Chaos und Elend. Jeder Tag der Besatzung verlängert dies nur!

Deshalb: Sofortiger Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan!

## Klimaschutz

## Wenn wir entscheiden könnten...

Seit einigen Jahren ist klar, es gibt einen Klimawandel und es ist wahrscheinlich, dass der Ausstoß von Treibhausgasen wie z.B. CO<sub>2</sub>, diesen mit verursacht. Und seitdem erzählen uns die Politiker, dass wir bitte weniger Auto fahren sollen, weniger in den Urlaub fliegen und mehr für Energie bezahlen sollen. Mal wieder sollen wir den Gürtel enger schnallen und dass obwohl wir mit unseren Autos und Heizungen gar nicht mal die Hauptverursacher des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sind.

Keiner redet davon, dass die Industrie für mehr als 50% des Ausstoßes von Treibhausgasen verantwortlich ist.

Es sind auch die Unternehmen, die darüber entscheiden, ob sie Autos bauen, die umweltfreundlich sind oder nicht. Sie sind es, die oft veraltete Anlagen, die viel mehr Energie verbrauchen, länger als nötig benutzen, nur damit sie sich rentieren. Sie sparen an Filtern für ihre Abgase, um nur ja nichts unnötig von ihrem Profit abgeben zu müssen.

Man kann nicht erwarten, dass wir in kalten und dunklen Wohnungen sitzen, aber wir können von der Industrie erwarten, dass sie Filter und neue Techniken mit weniger Emissionen einsetzt!

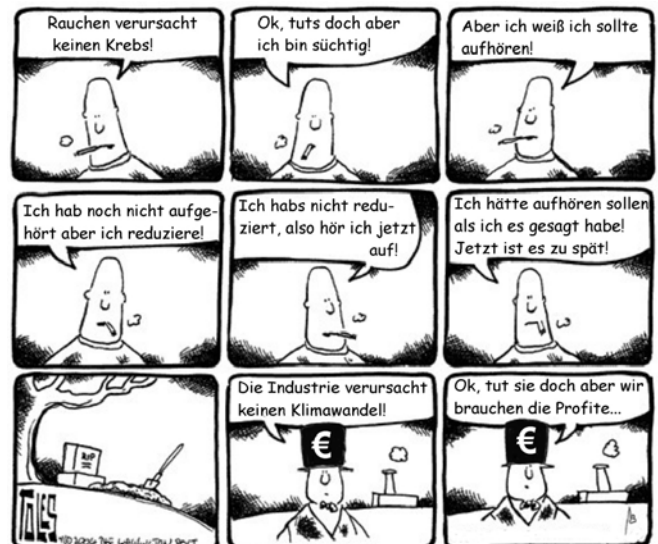
Man kann auch nicht von uns erwarten, weniger Auto zu fahren, wenn die Wege

zur Arbeit nicht kürzer werden. Aber wir können von der Industrie verlangen, dass sie umweltfreundlichere Autos baut, zu vernünftigen Preisen!

Wir können zur Nachtschicht nicht mit Bus und Bahn fahren, aber wir kön-

nen von der Industrie erwarten, dass sie einen Teil des Gütertransports von der Straße auf die Schiene verlegt!

Die Unternehmer hätten locker genug Geld für den Klimaschutz, aber sie geben nicht mehr als leere Versprechungen. Sie interessiert nicht, wenn ihr rücksichtsloser Umgang mit der modernen Technik dazu führt, dass ganze Landstriche zu Wüsten werden oder im Meer versinken. Was für die Unternehmer zählt ist nur der Profit. Deshalb muss man sie zu diesen Entscheidungen zwingen.



## Bürgerentscheide

### Ein Erfolg – und kein Ende

Die Ergebnisse waren eindeutig: 77 % stimmten für den Erhalt der Sportstätten, nur 23 % dagegen. 64,1 % stimmten gegen Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge, nur 35,9 % dafür. Bei jeder normalen Wahl hätte eine Partei mit 77% die nächsten 5 Jahre die Stadt in der Tasche. Doch bei Initiativen der Bürger reicht das nicht – denen legt man dickere Knüppel in den Weg. Denn trotz dieser Ergebnisse sind die Bürgerentscheide nicht gewonnen, weil die Wahlbeteiligung zu gering war.

Anerkennung gilt allen, die mit Ja gestimmt haben und den Aktiven aus Sportvereinen, Initiativen und linken Parteien, die den Wahlkampf organisiert haben. Die Koalition der Gegner war riesig, sie reichte von der Industrie- und Handelskammer, über CDU, Grüne, FDP, EBB und REP bis zu großen Teilen der SPD. Dieser „großen Koalition“ gelang nur eine minimale Mobilisierung von Nein-Stimmen.

Trotzdem gibt ihnen das Ergebnis leider die Möglichkeit die Schließungspläne der Sportanlagen anzugehen

und weitere Privatisierungen von kommunalem Eigentum voranzutreiben.

Es ist davon auszugehen, dass sie dies verdeckt, einzeln, klammheimlich und mit der Taktik „Teile und herrsche“ versuchen werden, denn sie haben bemerkt, dass es Widerstand gibt.



Deshalb ist das Ergebnis für die Befürworter der Bürgerentscheide auch keineswegs ein Grund zur Resignation, sondern viel mehr zur Wachsamkeit.

Die DKP wird sich dieser Aufgabe stellen. Patrik Köbele, Ratscherr der DKP und aktiv in beiden Entscheidungen: „Die 50 bzw. 60.000 Ja-Stimmen sind ja mehr als ein Achtungserfolg, sie sind vor allem ein Auftrag sich gegen unsoziale Politik in dieser Stadt weiter zu wehren – das werden wir tun.“

### Stoppt Privilegien für Ratsmitglieder

In Essen erhalten alle Ratsmitglieder eine Jahresfreikarte für die Messe Essen und die Gruga.

Patrik Köbele, Ratscherr der DKP, hat die ihm zugesandte Freikarte für alle Veranstaltungen der Messe Essen sofort zurückgeschickt.

Er begründete dies mit seiner Ablehnung solcher Privilegien. Weiter forderte er die Messe Essen, eine städtische Gesellschaft, auf, „künftig auf den Versand von Ehrenkarten an Ratsmitglieder zu verzichten.“

Eine Antwort der Messe Essen hat er nicht erhalten. Übrigens: Die Messe Essen belastet den städtischen Haushalt derzeit mit Millio-nendefiziten.

## Karstadt Limbecker Platz

### Konsumtempel gründet auf Armut und Ausbeutung

Wer sich im Fernsehen die Love Parade in Essen anschaute, dem wurde das im Bau befindliche Einkaufszentrum am Limbecker Platz als das neue Essener Wahrzeichen präsentiert. Und während die Franktionssprecherin der Essener Grünen, Frau Schmutz-Jäger, auf einem der Wagen abzappelte, saßen in den Bauwagen Bauarbeiter als Osteuropa, die für knapp einen Euro die Stunde in der Woche den neuen Konsumtempel hochzogen.

Frau Schmutz wird dies wenig gestört haben. Denn für sie existieren und existierten diese Menschen gar nicht. Als der damalige DKP Ratscherr Jürgen Beese zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Verträge mit Karstadt forderte, in die Verträge solle aufgenommen werden, dass die Bauherren zur Einhaltung der Mindestlöhne am Bau gezwungen werden, da waren es neben SPD und CDU vor allem die Grünen und ihre Sprecherin, Frau Schmutz, die darüber in helle Empörung ausbrachen.

Obwohl es schon beim Bau der neuen Staatsanwalt-

schaft und beim Bau der Philharmonie zu Dumpinglohnkandalen gekommen war, erklärten sie, dass ihre Partner Karstadt und ECE immer nach Recht und Gesetz handeln würden. Dumpinglöhne, dies sei unvorstellbar.

Doch das es nicht anders laufen würde, das war klar, sind doch selbst die beteiligten Firmen die gleichen wie beim den anderen Bauten. Die Karstadt-Mafia im Rat und allen voran Frau Schmutz hatten nur ein Ziel, den Profit der Konzerne schon beim Bau des Einkaufszentrums zu sichern.

Zum Glück haben sich rund 20 rumänische und polnische Arbeiter nicht auf die

Politik verlassen und durch selbstständige Protestaktionen eine anständige Bezahlung für ihre geleistete Arbeit erreicht.

### Werden Bäderschließungen vorbereitet?

Schon während der Diskussion um den Masterplan Sport haben die Initiatoren des Bürgerentscheides immer wieder darauf hingewiesen, dass auch der Bestand der Schwimmbäder gefährdet ist.

Nach einem Gutachten für die Stadt über die Sanierung dreier Bäder in Essen stehen folgende Aussagen im Raum:

- Ins Hauptbad würde der Gutachter keinen Euro mehr stecken
- Deutlich mehr als geplant kostet die Sanierung des Freibades Dellwig

- Nur das Rüttenscheider Bad (Essen Süden) liegt im Plan

Das riecht nach den nächsten Schließungen. Es ist immer dasselbe Spiel: Sie schließen Bäder, um angeblich die übrigen zu erhalten. Und dann zwei Jahre später kommen die nächsten Schließungen. Für sie sind die Schwimmbäder wohl erst kostendeckend, wenn es keine mehr gibt.

Die Menschen in Essen, insbesondere die Kinder brauchen die Sportstätten und Schwimmbäder!

## Warten bei der Post im Allee-Center

# Gegen lange Schlangen und Stress hilft nur mehr Personal!

Da kommste so als Lehrling Freitags um 18 Uhr ausm Betrieb und willst noch schnell im Allee-Center bei der Post nen Fuffi ziehen. Und dann?

Erst frist der Automat die Karte. Dann stehste ne halbe Stunde am Schalter. Dann sagt der Postbeamte noch: „Tut mir leid - das Konto ist überzogen“.

Und der alte Mann hinter mir schreit halb: „Ja, das ist die Jugend von heute. Gibt dat Geld schon aus, bevor ses hat.“

Und schon wusste halb Hertie, dass ich mein Konto überzogen hatte...

Lange Warteschlangen und Gedränge sind Alltag bei der Post im Allee-Center. Betroffen sind nicht nur die Kunden, sondern auch die Beschäftigten der Post selbst, die täglich dem Personal-mangel, dem Stress und der berechtigten Wut der Kunden ausgesetzt sind.

### Einstellungen und Ausbau nötig

Sogar die Bezirksvertretung V hat darüber mit der Post debattiert, allerdings ohne eine Lösung zu finden. Dabei sind die Ursachen klar. Mit den Jahren hat die Post eine Poststelle nach der anderen geschlossen, ob die Post in Vogelheim, Altenes-

sen,... Alles tumelt sich jetzt im Allee-Center, vor allem bei Bankfragen und Sendungsabholungen.

Die Lösung ist daher einfach: Die Post muss im Al-

lee-Center dringend mehr Leute einstellen! Und sie muss ihre Filiale vergrößern, um ausreichend Platz für Wartende und vernünftige Beratung zu haben.

Nur so kann den Beschäftigten ein vernünftiges Arbeitsumfeld und den Kunden die nötige Betreuung ohne stundenlanges Warten ermöglicht werden. Das müsste die Politik von der Post einfordern.

### Grundversorgung muss in öffentliche Hand

Das grundsätzliche Problem jedoch ist, dass es der privatisierten Post nur um den Gewinn für die Aktionäre geht. Dafür werden überall Filialen auf dem Land und in den Stadtteilen geschlossen, Arbeitsplätze abgebaut und Briefträger zum Mindestlohn eingestellt.

Der Postdienst gehört zu den Grundbedürfnissen der Gesellschaft. Eine solche wichtige Dienstleistung gehört nicht in private Hände.

will – einmal mehr die Twentmannhalle.

Sie ist ein Symbol des Widerstands und deswegen muss sie weg. Wer das verhindern will, dem hilft alles, nur kein Vertrauen in die Politik.

Hier hilft nur die Solidarität. Die Sportvereine, der marokkanische Verein, Kindergarten und Schulen müssen jetzt zusammenhalten, sonst sieht es schlecht aus für unsere Halle.

## Twentmannhalle

# Eine Geschichte von Kampf, von Lüge, Erpressung und Verrat!

**Offensichtlich ist unsere Twentmannhalle den politisch Herrschenden in dieser Stadt ein ganz besonderer Dorn im Auge. Erinnern wir uns: Bereits die frühere SPD-Regierung wollte sie abreißen. Erhalten wurde sie dank des Kampfes der Sportlerinnen und Sportler.**

Die CDU machte weiter mit Erpressung und Lüge: 2001 wurde gesagt: „Stimmt gegen das Kuhlhoffbad, dann wird die Twentmannhalle erhalten.“

Und heute sagt die CDU, nun mit grüner Verstärkung: „Die Twentmannhalle muss fallen!“

Durch den Bürgerentscheid ist man bei vielen Sportstätten, die zur Schließung vorgesehen sind, vorsichtig geworden.

Gleichzeitig deutet vieles darauf hin, dass man den Sportlern, die um ihre Anlagen kämpfen, mindestens einen Denkmalsstein verpassen

**DKP -  
Arbeitsplätze  
statt Hartz IV**

**Aus dem  
Bezirk V -  
kurz & knapp**

### Sportanlage Lohwiese Eingang verlegen

Die erfreulich intensive Nutzung der Sportanlage an der Lohwiese in Karnap hat auch ein entsprechend hohes Verkehrsaufkommen zur Folge. Auch deshalb, weil viele Sportlerinnen und Sportler aus anderen Stadtteilen kommen.

Leider ist die Folge eine teilweise nicht unerhebliche Gefährdung und Beeinträchtigung des Verkehrs durch falsch abgestellte Fahrzeuge.

Die Bürgerliste Nord fordert deshalb jetzt in der Bezirksvertretung V die Verlegung des Eingangs zur Sportanlage ausschließlich auf die südliche Seite (Emscherpark) und eine entsprechende Ausschilde-rung.

**Lohwiese  
Tempo 30 wird  
missachtet**

Trotz Tempo 30 wird auf der Lohwiese immer noch deutlich zu schnell gefahren.

Die Bürgerliste Nord fordert deshalb jetzt zu prüfen, ob zusätzliche Verkehrshindernisse eingebaut werden können.

Gleichzeitig soll das absolute Halteverbot vor dem Kindergarten wieder eingerichtet werden.

**DKP -  
Kinder brauchen  
Zukunft**

## Nachruf auf Annemarie Freitag

# Die Frau mit der Schultüte

**Annemarie wurde am 11. Januar 1932 in Nörten – Hardenberg, einer kleinen Gemeinde unweit von Göttingen, als eines von 7 Geschwistern einer Arbeiterfamilie geboren. Ihr Vater, Kommunist, wurde von den Nazis ins Konzentrationslager gesteckt.**

**Nach dem Krieg begann sie 1947 in der Göttinger Alu-Hütte als Packerin. Sie trat in die Gewerkschaft, die IG Metall ein, wurde Jugendsprecherin und engagierte sich in der FDJ, der freien deutschen Jugend.**

Anfang der 50er Jahre wurde sie Kreisvorsitzende der FDJ in Salzgitter. Für die Schergen des Adenauer-Regimes war dies Grund genug, sie 1953 vom Krankenbett weg zu verhaften (sie lag wegen einer Blinddarmentzündung im Krankenhaus). Wegen ihrer Tätigkeit für die FDJ wurde Annemarie zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt.

1957 zog sie nach Essen, wo sie ihre beiden Söhne bekam und bis ins hohe Alter aktiv in der kommunistischen Bewegung war.

In Annemaries politischem Handeln gab es zwei wesentliche Triebfedern. Dies war der Wunsch nach Frieden und der Kampf um die Rechte der Frauen. Sie engagierte sie sich in der DFI, der demokratischen Fraueninitiative, einer Vereinigung sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Frauen.

Immer ging Annemarie für ihre Weltanschauung auf die Straße. Selbst als die Kommunistische Partei (KPD) verboten war, verteilte sie vor der Zeche die Betriebszeitung

ihrer Partei.

Als ihre Partei 1968 als DKP neu gegründet wurde, gehörte Annemarie zu ihren Mitbegründern. Und Annemarie engagierte sich auch konkret vor Ort, im Stadtteil.

Sie war aktiv bei der Bewegung gegen den Miethai Kaussen. Bei Kommunal- und Landtagswahlen war sie Kandidatin der DKP.

Und wenn man heute auf den Straßen in Essen-Vogelheim Menschen nach Annemarie Freitag fragt, dann ist sie für viele die Frau, die immer da war, vor allem für die Kinder.

Denn mit ihrer Person verbunden sind die vielen kleinen Aktionen ihrer Partei für die Kinder, die Schultüten und Ostereiersuchaktionen. Immer da, wo die anderen nicht waren, da war Annemarie mit ihrer Partei, und das nicht nur einmal, sondern über Jahrzehnte.

Annemarie und ihrem Mann Helmut war es vergönnt, noch in diesem Jahr ihre goldene Hochzeit zu feiern. Mehr als ein halbes Jahrhundert haben sie gemeinsam gekämpft, geweint und

gelacht, haben ihre Freuden und Sorgen geteilt.

**ES FEHLT WAS ÜBER IHREN TOD UND EIN BILD**

## Das Wunder von Berlin

**„SPD entdeckt den Sozialismus (neu)“**

**So und ähnlich titelten der Fokus und andere Tages- und Wochenzeitungen nach der Vorstellung des Entwurfs neuen SPD-Parteiprogramms. Denn in diesem taucht, wenn auch gegen einige innerparteiliche Widerstände, wieder der Begriff des „demokratischen Sozialismus“ auf.**

Da sollte man meinen, die SPD begreift es nun endlich, besinnt sich ihrer Wurzeln und versteht sich wieder als Vertretung der kleinen Leute. Klasse, werden vielleicht manche denken, jetzt kann ich meine SPD wieder wählen. Doch Vorsicht: Nicht an ihren Worten, an ihren Taten sollt ihr sie messen.

Sozialismus heißt Frieden: Doch die SPD steht voll hinter den Kriegseinsätzen in Afghanistan, Afrika und an anderen Orten.

Sozialismus heißt soziale Gerechtigkeit: Doch die SPD beschloss Hartz IV und rechtfertigt alle Folgen dieser schreiendsten sozialen Ungerechtigkeit der letzten Jahre.

Sozialismus heißt Demo-

kratie von unten: Aber die SPD beschließt die Rente ab 67 und sagte zu den Protesten in Betrieben und auf der Straße, sie wolle sich „dem Druck der Straße“ nicht beugen.

Mit dem Sozialismus bei der SPD verhält es sich wie mit dem „christlich“ bei CDU und CSU. Die SPD hat erkannt, dass immer mehr Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft eine gerechtere und friedlichere Zukunft sehen und dies auch bei Wahlen zum Ausdruck bringen wollen.

Also ist man in der Parteizentrale nicht dumm, befragt die Werbestrategen und schreibt sich den Sozialismus flugs wieder auf die Fahnen, auf dass die lieben Wählerinnen und Wähler hoffentlich darauf rein fallen.

## Wir alle müssen leben

# Mindestlohn für alle

**Verdi hat mit dem von der Deutschen Post dominierten Arbeitgeberverband Postdienste in einem Tarifvertrag einen Mindestlohn ausgehandelt. Der ist mit 8 bis 9,80€ niedrig genug. Auch hat sich die Deutsche Post dabei kein Bein ausgerissen, denn die Löhne bei der Post liegen in der Regel über dem neuen Mindestlohn. Diesen wollten Ver.di und Post per Gesetz als allgemeinverbindlich für die Postbranche erklären lassen.**

Doch kaum war der Tarifvertrag unterzeichnet, wetterten direkt andere Unternehmen aus der Branche dagegen. Allen voran PIN und TNT. Eigentlich würden die Zusteller ja nur Zeitungen austragen und nur ab und zu mal einen

Brief einstecken. Deshalb hätten sie gar keinen Mindestlohn für Postzusteller verdient. Der würde die Unternehmen ruinieren und die Post wolle doch nur ihre Konkurrenz vom Markt drängen. Viele der neuen Postunter-

nehmen zahlen den Beschäftigten, seien es nun Brief- oder Zeitungszusteller Löhne, die unter dem Hartz IV Niveau liegen. Oft sind die Zusteller dann zusätzlich auf ALG II angewiesen.

Seit die Postdienste privatisiert sind, fahren damit viele Unternehmen satte Gewinne ein. Aber sie erwarten dennoch, dass die Löhne weiterhin zum Teil durch Hartz IV und damit von der Allgemeinheit gezahlt werden.

Uns können die Querelen der Unternehmen untereinander egal sein.

Wir alle müssen irgendwovon leben, egal ob wir jetzt Briefe oder Zeitungen austragen, ob wir Krankenhaushilfe putzen oder Lokomotiven fahren, wir alle haben es verdient, dass uns die Unternehmen Löhne für unsere Arbeit zahlen, von denen wir auch leben können.

Ein Mindestlohn deutlich über der Armutsgrenze am besten für alle Berufe muss her. Das würde es auch für Alle einfacher machen, für höhere Löhne zu kämpfen.

## Reallöhne niedriger als vor 20 Jahren

## Lohnraub von Unternehmen und Regierung

**„Arbeitnehmer haben heute weniger Geld in der Tasche als vor 20 Jahren.“ Diese große Entdeckung machte die Presse vor einigen Wochen. Für alle Arbeitenden war dies wahrlich nichts neues. Alle Arbeiterfamilien merken seit Jahren, dass sie immer weniger Geld zum Leben haben, selbst bei Heizung und Lebensmitteln sparen müssen, ihre Lebensqualität sinkt.**

Wie sollte es auch anders sein? Immer mehr arbeiten in Minijobs als Verkäuferin oder Putzfrau oder zu Niedriglöhnen von 3 oder 5 Euro als Briefträger, Frisörin oder Wachmann.

Muss man seinen Arbeitsplatz wechseln, arbeitet man am neuen Arbeitsplatz fast immer unter schlechteren Bedingungen und für weniger Lohn.

Doch auch, wenn man seit 20 Jahren in derselben Firma denselben Beruf ausübt, ist der Lohn weniger wert. Denn die Unternehmen haben die Preise deutlich mehr erhöht als die Löhne.

Dieses Geld, das uns über die Jahre von unserem Lohn gestohlen wurde, ist

nicht in einem schwarzen Loch verschwunden, sondern in den Taschen der Großaktionäre und Unternehmer.

### Regierung vergrößert die Schere

Und die Regierungen von Kohl, Schröder und Merkel haben mitgeholfen. Sie haben mit Gesundheitsreform, Riester-Rente, Mehrwertsteuererhöhung und vielen anderen Maßnahmen die Steuerlast für die Beschäftigten in den letzten 20 Jahren um über 70% nach oben geschraubt!

Gleichzeitig haben sie die Vermögenssteuer abgeschafft.

Und allein die beiden letz-

ten Steuerreformen spülen den Reichen jedes Jahr rund 30 Milliarden Euro mehr in die Kasse!

### Lohnerhöhungen und Steuerumverteilung muss her

Lohndrückerei, Preiserhöhungen, Steuern: Die Unternehmen bereichern sich auf unsere Kosten. Allein von 2000 bis 2006 stiegen

die Unternehmer- und Vermögenseinkommen um 42%.

Es kann nicht angehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung immer schlechter leben soll, damit eine Minderheit immer fetter wird. Wir brauchen dringend ordentliche Lohnerhöhungen für alle und eine Umverteilung der Steuerlasten nach oben!

### „Wie der Herr so's Geschärr“

*Die Betriebsratsvorsitzenden deutscher Großunternehmen versuchen anscheinend, ihre Vorstände, zumindest was die Gehälter angeht, einzuholen.*

*Uwe Hück (Porsche) bekommt von seinem Boss satte 250.000 Euro im Jahr geschenkt, Ralf Heckmann von Siemens immerhin 200.000 Euro.*

*Wen wundert es, dass man sich bei so einigen Betriebsräten manchmal fragt, ob sie nicht eher der verlängerte Arm der Arbeitgeber sind.*

*Bei der Durchsetzung unserer Interessen sollten wir uns lieber auf unsere eigenen Arme verlassen.*

## Proteste gegen das Kinderbildungsgesetz (Kibiz)

# Kibiz den Vogel zeigen!

**Den ganzen September und Oktober hindurch haben Zehntausende Eltern, Erzieherinnen und Erzieher in NRW gegen das neue „Kinderbildungsgesetzes“ (Kibiz) protestiert, das Ende Oktober beschlossen wurde.**

In vielen Städten gab es Demonstrationen, Lichterketten, Protestveranstaltungen. Über 150.000 Unterschriften wurden gegen Kibiz gesammelt. Denn hinter dem schönen Namen verbergen sich in Wahrheit Verschlechterungen für Kinder, Eltern und Erzieher.

### **Kibiz = Verschlechterungen für alle**

Die Eltern sollen demnächst Anfang des Jahres entscheiden, ob sie 25,35 oder 45 Stunden Betreuung für ihr Kind „buchen“ wollen, zu unterschiedlichen Preisen natürlich. Was bedeutet das?

In einem Kindergarten wollen zum Beispiel die Hälfte 25 Stunden, die andere Hälfte 35 und nur 3 eine 45-Stunden-Betreuung. Für 3 Kinder kann aus finanziellen Gründen keine eigene Betreuung organisiert werden. Diese Familien haben

also Pech gehabt. Für ihre Kinder gibt es keine 45-Stunden-Betreuung.

Und in der Gruppe der 3-jährigen sind vielleicht nur 2 Kinder, die eine 35-Stunden-Betreuung haben. Sie werden in den übrigen 10 Stunden dann zu den 5-jährigen gesteckt.

Da die Eltern jedes Jahr neu über die Betreuungszeit entscheiden, ändert sich auch jedes Jahr die Zahl der benötigten Erzieherstellen, und nur dafür bekommt der Kindergarten Geld. Die Folge: Ein Teil der Erzieherinnen und Erzieher erhält nur noch einjährig befristete Stellen, und muss jedes Jahr erneut um die Zukunft des Arbeitsplatzes bangen!

### **Kibiz macht Kindergarten teurer**

Im Ruhrgebiet liegt der Beitragsanteil der Eltern bei durchschnittlich 13%, da viele ärmere Familien vom

Beitrag befreit sind. Das Land wollte mit Kibiz aber die Städte zwingen, 19% Beitragsanteil zu erreichen. Das würde eine drastische Erhöhung der Elternbeiträge bedeuten, und das gerade in den ärmsten Städten!

Da hilft es auch nicht, dass das Land rund 250 Millionen Euro an zusätzlichen Mittel versprochen hat. Denn das meiste Geld hiervon wird schon dadurch aufgebraucht, dass das Land fast die Hälfte des Beitrags übernimmt, den bislang freie Träger wie Kirchen gezahlt haben.

Wie sollen mit den paar übrigen Kröten bei gleichzeitig steigenden Energie- und Lebensmittelkosten 70.000 Plätze für unter 3-jährige neu

geschaffen, überall Sprachförderung und auch noch Elternberatung eingerichtet werden? Diese Versprechen können nur heiße Luft bleiben.

### **Proteste zeigen erste Erfolge**

Die Proteste haben zu ersten Erfolgen geführt. Arme Kommunen dürfen nun doch nicht gezwungen werden, die Elternbeiträge zu erhöhen. Auch bei der Gruppenfinanzierung wurden Verbesserungen vorgenommen.

Doch das reicht nicht aus. Deswegen sind auch nach der Verabschiedung im Landtag die Proteste weitergegangen. Das gesamte Kibiz muss vom Tisch. Wir brauchen stattdessen ein Kinderbildungsgesetz, das seinen Namen auch verdient!



## Was ist Kibiz?

- Die Eltern wählen demnächst jedes Jahr zwischen 25, 35 oder 45 Stunden Betreuung in der Woche für ihr Kind. Entsprechend zahlen sie mehr oder weniger Beitrag.
- Der Beitrag der Eltern an den Kosten der Kindergärten soll 19% betragen.
- Die Einrichtungen erhalten demnächst vom Land nicht mehr pro Gruppe Geld, sondern pro Kind. Es zahlt nur noch Pauschalen, nicht die tatsächlichen Kosten.
- In den nicht-städtischen Kindergärten wird der Beitrag der freien Träger, also vor allem der Kirchen, von 20% auf 12% gesenkt.
- Die Zahl der Betreuungsplätze von unter 3-jährigen wird bis 2010 um 70.000 Plätze erhöht.
- Die Sprachförderung und Elternberatung soll ausgebaut werden.
- Insgesamt will das Land 250 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

## **DKP: Einheitliches, demokratisches Bildungssystem für alle Kinder**

Die DKP fordert eine grundlegende Reform des Bildungswesens über alle Bundesländer hinweg. Ziel dieses Bildungssystems muss es sein, für alle Kinder gleiche Chancen zu schaffen, einen qualifizierten Abschluss zu machen. Hier einige der Kernforderungen der DKP:

Kinderkrippenplätze für alle Kinder  
Ganztagskindergarten und -vorschule für alle Kinder  
Einheitliche, 10-klassige öffentliche Schule für alle Kinder in Ganztagsform

Nach der 10. Klasse haben die Kinder die Wahl:

- 3-jähriges Gymnasium oder
- 2 – 3-jährige berufsbezogene Schulausbildung mit Fachhochschulreife oder
- Min. 3-jährige Ausbildung in einem Lehrberuf mit Fachhochschulreife

Bildung und Lehrmittel müssen für Alle kostenlos sein

## Auch 2008 geht es wieder los

2007 fuhr die DKP wird gleich zweimal zu Zelt-Ferienfreizeiten nach Peuplingues in Nordfrankreich. Dort erlebten die Kinder und Jugendlichen aus dem Essener Norden jeweils 14 tolle, unvergessene Tage. Auch wenn das Wetter nicht immer mitspielte: Für alle gab es Badespaß, viele interessante Ausflüge, Spaß und Spannung am Lagerfeuer.

Auch 2008 wird dies wieder so sein. Vom 7. bis 20. Juli 2008 fahren die Jugendlichen zwischen 14 – 17 Jahren und vom 21. Juli bis zum 4. August fahren die Kinder zwischen 10 und 13 Jahren an die französische Kanal-küste.

Nur 4 Kilometer von der Küste des Ärmelkanals entfernt, zwischen den beiden Hafenstädten Calais und Boulogne gelegen, befindet sich das Zeltlager der DKP.

### Mit der DKP Frankreich erleben

„Das Land der zwei Caps“ ist eine urig schöne Naturlandschaft mit Steilküsten und langen Stränden, Dünen und alten Fischerdörfern.

Noch immer fahren hier die Fischer vom Strand aus mit ihren kleinen Booten zur Küstenfischerei aufs Meer und verkaufen ihren Fang direkt vom Boot aus.

### Das Programm

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet ein attraktives Programm, in dem

Zeltlagerromantik natürlich nicht fehlen wird. Hier nur einige Beispiele des Programms der Kinderferienfahrt:

### Besuch der Hafenstadt Boulogne



## Neugierig? Interessiert?

Informieren Sie sich doch einmal über die Kommunisten in der Bundesrepublik. Sie bieten keine Karriere, keine Orden, kein Geld, aber viel Einsatz für die Interessen der Menschen.

Ich möchte mehr zur DKP wissen und hätte gerne\*

- Informationen
- einen Termin
- einen Anruf
- ein UZ-Probeabonnement
- Ich möchte Mitglied der DKP werden

\*=Zutreffendes bitte ankreuzen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte zurücksenden an:  
I. Thoma  
Hoffnungsstr. 18  
45127 Essen

Kennen lernen der Region und ihrer Geschichte, unter anderem mit Besuch von La Coupole

### Anmeldungen und Informationen

Mehr Informationen bekommt man über das Büro der DKP, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, Tel.:23 56 45

